

Das Problem der Parteispenden

wab. Im Zusammenhang mit der UBS gab es im Nationalrat auch eine kleine Debatte zur Parteienfinanzierung. Eine Kommissionsminderheit um Margret Kiener Nellen (sp., Bern) wollte die UBS verpflichten, für die Dauer der Staatshilfe auf Zuwendungen an politische Parteien zu verzichten. Sie verwies auf unbestätigte Berichte, wonach die drei bürgerlichen Parteien SVP, FDP und CVP von der Grossbank jährlich Spenden von rund 2 Millionen Franken erhielten. Mangels Offenlegungspflicht bei Parteispenden schliesse die Schweiz in den Untersuchungen von Transparency International jeweils sehr schlecht ab. Auf Nachfrage von Lukas Reimann (svp., St. Gallen) war die Antragstellerin auch damit einverstanden, dass die UBS vorläufig auf Beiträge an Abstimmungskampagnen, etwa zur Personenfreizügigkeit, verzichten sollte. Hildgard Fässler (sp., St. Gallen) erklärte, ihre Partei erhalte, anders als immer wieder behauptet, «keinen Rappen vom Gewerkschaftsbund». Bei der UBS gehe es während der Zeit der Staatshilfe indirekt um Steuergelder, die an einzelne Parteien flössen, und das sei stossend. Der Sprecher der Finanzkommission, Martin Bäumle (glp., Zürich), äusserte die Erwartung, dass sich die UBS in nächster Zeit von sich aus mit solchen Zuwendungen zurückhalte. Er räumte indes ein, dass Parteispenden und die Parteienfinanzierung ein Problem seien, das grundsätzlich zu diskutieren wäre. Das gehöre jedoch nicht ins UBS-Paket. Danach wurde auch dieser Antrag mit 113 zu 66 Stimmen verworfen.